
Liebe Leserinnen und Leser,

In Kopenhagen wird derzeit für den Klimaschutz gestritten, 100.000 haben für schnelles und consequentes Handeln zum Klimaschutz demonstriert. Uns interessiert eure Einschätzung des Kopenhagener Klimagipfels. Gerne würden wir eure Meinung im Januar-Newsletter veröffentlichen.



In wenigen Tagen ist Weihnachten und das Jahr 2009 neigt sich dem Ende entgegen. Stille Nacht? Davon kann weit und breit keine Rede sein. Wer empfindet heutzutage noch wohltuende Stille, Ruhe? Lärm und Hektik prägen unseren Alltag. Und nicht nur die Silvesterknallerei wird auch im konkreten Sinne den Wunsch nach Stille konterkarieren. Vom Autoverkehr bis zum Luftangriff in Afghanistan – Stille und Ruhe sind Wunschvorstellungen. Aber gerade an diesen Wunschvorstellungen arbeitet der BBU, arbeiten die BBU-Mitglieder. Als Umweltverband mit friedenspolitischer Ausrichtung bemüht sich der BBU um ruhige Straßen und um friedliche Konfliktlösungen.

Wer den BBU kennt, weiß, dass die thematische Bandbreite des BBU in einem Newsletter mit 6 Seiten immer nur ansatzweise dargestellt werden kann. Der Newsletter soll über die Arbeit vor Ort berichten, Tipps und Hilfestellungen geben, zur Nachahmung anregen und / oder der solidarischen Vernetzung untereinander dienen. Die Newsletterredaktion hofft, dass uns dieser Ansatz im Jahr 2009, und auch mit dieser Ausgabe, gelungen ist. Reaktionen sind erwünscht.

Gemeinsam mit dem BBU-Vorstand und unserer Bonner Geschäftsführerin Christine Ellermann wünscht die Newsletter-Redaktion allen BBU-Mitgliedern, und auch allen weiteren Leserinnen und Lesern des Newsletters, ruhige, besinnliche Weihnachtstage und einen gemütlichen Rutsch in das neue, unbekannte Jahr 2010.

Eure BBU-Newsletterredaktion !

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Biozide – Risiken regulieren & reduzieren

So titelte ein Workshop, den die deutsche Sektion des Pestizid Aktions-Netzwerkes (PAN-Germany) am 10. Dezember in Berlin veranstaltete. Umwelt – und Verbraucherschützer, Experten sowie Vertreter verschiedener Ministerien und Behörden diskutierten den Entwurf einer neuen Verordnung der Europäischen Kommission zum Biozid-Recht; auch ein Vorstandsmitglied des BBU nahm an dem Workshop teil. Neben den Kernproblemen der neuen Zulassungsgrundlage besprachen die Teilnehmer auch die notwendigen Verbesserungen bei der Zulassung und Anwendung von Biozidprodukten, damit ein hohes Schutzniveau für Umwelt und Gesundheit gewährleistet wird. Der Einsatz von Pestiziden im Pflanzenschutz erfolgt gegen Schädlinge grundsätzlich nach dem Schadschwellenprinzip, das heißt, Pestizide dürfen nur aufgebracht werden um Schäden zu vermeiden. So soll die Einsatzmenge so gering wie möglich gehalten werden. Bei den Bioziden verfährt man da anders. So dürfen diese Stoffe nach dem neuen Entwurf auch gegen unerwünschte Lebewesen, die keinen Schaden anrichten, eingesetzt werden. Dabei bleibt der Begriff des unerwünschten Organismus unbestimmt. Um einen Schutz für die Gesundheit und die Umwelt zu erreichen, sollten wir uns dafür einsetzen, dass in einem ersten Schritt die Anforderungen für Pestizide auch auf Biozide angewandt werden.

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand. Weitere Informationen:

Kernpunkte zur Fortentwicklung der EG-Biozidrichtlinie aus Sicht der Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzverbände (http://www.pan-germany.org/download/NGO_Kernpunkte_EG-Biozidrichtlinie.pdf)

BBU-Homepage

(U.B.): Derzeit wird in der BBU-Geschäftsstelle die Linkliste der BBU-Homepage aktualisiert. Falls noch nicht geschehen sollten BBU-Mitglieder der BBU-Geschäftsstelle einen Link zur eigenen Seite schicken. Da die Überlegungen zur endgültigen Struktur der neuen Linkliste noch nicht abgeschlossen sind, werden die BBU-Mitglieder mit eigener Homepage gebeten, stichwortartig der BBU-Geschäftsstelle mitzuteilen, zu welchem Schwerpunktthema, die jeweilige BI arbeitet (z. B.: Müllverbrennung, Verkehr, Atomenergie ...).

Kontakt: BBU-Bonn@t-online.de.

BBU gegen Flughafen Twente

(U.B.): Der ehemalige Militärflughafen bei Enschede (NL), nahe der Grenze zur Bundesrepublik, soll zu einem Zivil-Flughafen umgewandelt werden. Bei einer Kundgebung gegen den geplanten Flughafen Twente am 30.11. war auch der BBU, vertreten durch ein Vorstandsmitglied, präsent.



Ungeachtet der Proteste beiderseits der Grenze hat der Rat der Stadt Enschede am 14. Dezember mehrheitlich für den Flughafen gestimmt. Noch quasi in letzter Minute hatte sich der BBU in einem offenen Brief an den Rat der Stadt Enschede gewandt, vergeblich. In dem Brief hieß es u. a.:

„Die

Natur und

Region Twente im niederländischen Grenzgebiet ist ein wertvolles Erholungsziel für die Bevölkerung im gesamten Grenzgebiet. Schutz der Natur und Ausbau der Tourismusbranche sind für die Twente wichtig. Und von dem Tourismus profitiert auch Enschede. In der Bundesrepublik werden die Twente, und auch Enschede, als wertvolle Ziele für Erholungssuchende, Natur- Musik- und Kunstliebhaber geschätzt. Der Lärm des Flughafens würde viele Gäste stören, andere Ziele in stilleren Regionen würden in den Vordergrund rücken.

In diesen Tagen ist viel vom Klimaschutz die Rede (Kopenhagen). Der Bau eines weiteren Flughafens würde den gesamten Flugverkehr verstärken, von Klimaschutz kann dabei keine Rede sein. (Das gilt natürlich auch für den Flughafen Münster – Osnabrück). Der Rat der Stadt Enschede kann einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten, mit einem Nein zum Flughafen Twente.“

Der BBU wird im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin den Widerstand gegen den Flughafen Twente unterstützen.

Bei Interesse kann der Text des offenen Briefs in der BBU-Geschäftsstelle per E-Mail angefordert werden. Weitere Informationen zum geplanten Flughafen Twente gibt es im Internet bei der neuen BI im Landkreis Grafschaft Bentheim: <http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>.

2. Themenbereiche

CCS / CO₂-Speicherung

Proteste gegen CO₂-Speicherung auch in den Niederlanden

Immer wieder möchten uns die Befürworter der CO₂-Speicherung im Untergrund vormachen, dass nur die Deutschen ein Problem mit dieser technischen Lösung des Klimaschutzes haben. Aber auch unsere Nachbarn wehren sich. Nachdem sich bereits vor einiger Zeit die Dänen gegen diese Vorhaben gewehrt haben, werden nun auch in den Niederlanden erneut Proteste laut.

Als bekannt wurde, dass Shell bereits ab 2011 in zwei ausgebeuteten Gasfeldern unterhalb Barendrecht, einem Vorort von Rotterdam, CO₂ einlagern wollte, lebte auch dort der Widerstand wieder auf.

Die Protest-Initiative „CO₂isNee“ („Nein zum CO₂“) beklagt, dass der Ort zu einer gigantischen Mülldeponie verwandelt werden soll. Die niederländische Umweltministerin Cramer versucht durch persönlichen Einsatz die Bevölkerung umzustimmen. Doch sie kennen die Argumente noch vom letzten Jahr, als versucht wurde unterhalb des Neubauviertels Carnisselande Kohlendioxid einzulagern. Die letztjährigen Proteste führten schon zu einem Stopp dieser Pläne.

Diese neue Planung überraschte nicht nur die Umweltaktivisten sondern auch die Kommune, die jetzt auch rechtliche Schritte gegen die Planungen ergreifen will.

Siehe auch: <http://www.nachhaltigkeit.org/200911273551/energie-kohlendioxid/hintergrund/keine-lust-auf-co2>.

Internetadresse der Initiative: <http://co2isnee.nl/Welkom.html>

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Demonstrationsrecht

Kletteraktivistin reicht Verfassungsbeschwerde gegen Langzeitgewahrsam ein

Atomkraftgegnerin Cécile Lecomte hält einen mehrtägigen präventiven Gewahrsam - wie in ihrem Fall beim Castor 2008 - für unzulässig und sieht darin eine Ersatzbestrafung. Sie rügt die Verletzung ihrer Freiheitsgrundrechte, sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Zahlreiche Initiativen unterstützen sie bei ihrem Gang nach Karlsruhe.

Die Kletteraktivistin und ehemalige Französischmeisterin im Sportklettern Cécile Lecomte reichte am Montag (7.12.2009) eine Verfassungsbeschwerde gegen ihren mehrtägigen Sicherungsgewahrsam während des Castortransportes 2008 nach Gorleben ein. Nach einer Kletteraktion über der Schiene war die in Lüneburg lebende gebürtige Französin festgenommen worden. Amts- und Landgericht folgten dem Antrag der Polizeidirektion auf Anordnung einer 4-tägigen präventiven Ingewahrsamnahme. Der Demonstrantin wurde strafrechtlich nichts vorgeworfen, vielmehr ging es der Polizei darum, eventuelle kommende spektakuläre Kletteraktionen gegen den Castortransport – die unter Umständen als Ordnungswidrigkeit hätten bewertet werden können- zu verhindern. Die Aktivistin ist der Behörde schon lange ein Dorn im Auge, da sie mit ihren Kletterfähigkeiten gern mit spektakulären Aktionen auf ihre politischen Anliegen aufmerksam macht.

Geklärt werden soll mit der Verfassungsbeschwerde, ob bei der Anordnung des Präventivgewahrsams Art und Schwere der zu verhindernden Tat - zumindest bei der Dauer des Gewahrsams - berücksichtigt werden muss. „Ich halte einen mehrtägigen Gewahrsam zur Verhinderung geringfügiger Ordnungswidrigkeiten für gänzlich unverhältnismäßig und sehe darin eine unzulässige „Ersatzbestrafung“ durch die Polizei,“ erklärt Lecomte. (...).

Unbeugsames Eichhörnchen, 08.12.2009

Aus einer Pressemitteilung vom 8.12.09, weitere Infos von Cecile: www.eichhoernchen.ouvaton.org

Energiepolitik

Ahaus: Atommüll aus Duisburg, Jülich und Karlsruhe – Erste Atommülltransporte „Anfang 2010“

Nach diversen Presseberichten gehen die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ und die Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen davon aus, dass aus den Atommüll-Konditionierungsanlagen Duisburg-Wanheim und Karlsruhe Atommüll nach Ahaus rollen soll. Beide Atomanlagen werden von der GNS (Gesellschaft für Nuklear-Service) betrieben, die auch das Brennelement-Zwischenlager Ahaus federführend betreibt. In einem Interview nannte GNS-Sprecher Michael Köbl „Anfang 2010“ als wahrscheinlichen Termin für den ersten Atommülltransport. Aus Duisburg werde dabei „ziemlich sicher“ Atommüll nach Ahaus rollen. Die GNS ist eine Tochterfirma der vier großen Energiekonzerne EON, RWE, EnBW und Vattenfall.

Laut GNS seien aber auch Atommülltransporte aus dem Forschungszentrum Jülich sowie aus der Konditionierungsanlage Karlsruhe möglich. In Jülich betreibt die GNS einen Außenposten der Landesammelstelle Niedersachsen, in Karlsruhe wird mittelradioaktiver Atommüll aus dem Reaktorkern aufgrund der hohen Strahlenbelastung z. T. unter Wasser in sog. Mosaik-Behälter verpackt. Weitere Absendeorte für Atommüll nach Ahaus wollte die GNS nicht ausschließen.

20. Dezember: Demonstration am Zwischenlager Ahaus

Für den 20. Dezember ist um 14 Uhr eine Demonstration vor dem Zwischenlager in Ahaus geplant. Neben den regionalen rufen unter anderem die nordrhein-westfälischen sowie Anti-Atomkraft-Initiativen aus Norddeutschland, die AG Schacht Konrad und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf. Weitere Infos: www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.bi-ahaus.de, www.sofa-ms.de

Gekürzte Fassung einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 9.12.2009, vgl.:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/09.12.09.htm>

Der BBU ruft alle BBU-Mitglieder und Newsletter-LeserInnen zur Teilnahme an der Demonstration auf. Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ vor Ort ist BBU-Mitglied und sollte breit und solidarisch unterstützt werden! Wer nicht nach Ahaus fahren kann, kann der BBU-Newsletter-Redaktion Grußworte (zwecks Weiterleitung) zuschicken: Buchholz@bbu-bonn.de.

Klimaschutz

Staatsverschuldung und Klimaschutz Abbau umweltschädlicher Subventionen – Doppelstrategie gegen Staatsverschuldung und Klimawandel

Zur Vorlage des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2010 mit einer Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro hat sich heute in Berlin der Deutsche Naturschutzring (DNR) zu Wort gemeldet. „Es ist traurig und unfassbar, dass erfahrene Politiker wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine Neuverschuldung des Bundes von 100 Milliarden Euro einfach hinnehmen, anstatt endlich mit dem Subventionsabbau zu beginnen“ kritisierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Nach Auffassung des DNR ist der Zusammenhang zwischen Subventionsabbau und dem Klimaschutz von allergrößter Bedeutung. Dies werde bisher von der Politik nicht erkannt. So fielen nach einer Studie des Umweltbundesamtes knapp 42 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen in Deutschland an. Allein 5 Milliarden Euro durch die allgemeinen Strom- und Energiesteuerermäßigungen für das Produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft, ferner durch den Spitzenausgleich bei der Öko-steuer. Diese Subventionen begünstigten den Energieverbrauch und stünden damit im Widerspruch zum Ziel des Klimaschutzes.

Ein weiteres Beispiel für eine umweltschädliche Subvention sei die Befreiung des gewerblichen Flugverkehrs von der Energiesteuer für Kerosin. Dem Staat entgehe nach Berechnungen des UBA dadurch jährliche Steuereinnahmen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro. Diese indirekte Subventionierung des Flugverkehrs verzerre den Wettbewerb zu Lasten emissionsärmerer und damit umweltfreundlicherer Verkehrsmittel – wie der Bahn. Die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger sei weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll oder sonst gerechtfertigt. Die Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs seien wegen der Flughöhe sogar um das 2- bis 5-fache klimaschädlicher als bodennahe Emissionen.

Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär; Quelle: Presseinformation des DNR vom 11.12.2009, <http://www.dnr.de/presse/index.php>.

Der BBU ist Mitglied im DNR.

Streusalz

Streusalz ist Gift für Boden und Bäume

Der Wintereinbruch in diesen Tagen wird zu einem Run auf Winterstreumittel führen. ROBIN WOOD rät, bei Schnee und Eis auf Streusalz zu verzichten, weil dies die Umwelt schädigt. Stattdessen sollten VerbraucherInnen zu Sand, Splitt oder Granulat greifen und dabei auf das Umweltzeichen „Blauer Engel“ achten. Es garantiert, dass die Mittel salzfrei sind, eine gute abstumpfende Qualität haben und keine belastenden Schwermetalle enthalten. (...)

Zum Schutz von Vegetation, Boden und Grundwasser ist es daher in vielen Städten in Deutschland verboten, Auftausalz auf dem Gehsteig vor dem Haus zu streuen, so z.B. in Hamburg, Berlin, München und Wiesbaden. Andernorts ist es lediglich in Ausnahmefällen, etwa bei Eisregen, erlaubt. Doch das wissen offenbar die wenigsten, und den Handel schert es kaum. Wo sich im Eingangsbereich der Baumärkte im Sommer die Grillkohlen stapeln, drängen sich jetzt die Streusalz-Säcke. Dabei

halten es weder Hersteller noch Anbieter für nötig, auf bestehende Verbote der Salzverwendung deutlich hinzuweisen. Alle Baumärkte bieten auch umweltfreundliche Streumittel wie Lavasplitt oder Tongranulate an; das Angebot an Streusalz ist jedoch meist wesentlich größer und der Preis deutlich niedriger. „Wir appellieren an alle Verbraucherinnen und Verbraucher, die Geschäfte auf ihren Streusalzsäcken sitzen zu lassen und bei Schnee und Eis kein Salz zu verwenden“, sagt Rudolf Fenner, Waldreferent bei ROBIN WOOD. „Vom Einzelhandel erwarten wir, dass er Auftausalze komplett aus dem Sortiment nimmt.“ Eine umfangreiche Zusammenstellung von Verbotssregelungen in zahlreichen Kommunen zum Einsatz von Auftausalzen hat ROBIN WOOD auf seiner Homepage veröffentlicht unter: <http://www.robinwood.de/Streusalz>

Aus einer Robin-Wood-Pressemitteilung vom 15.12.2009

Wasserschutz

Nanosilber belastet die Gewässer

Die Studie "Nanosilber - der Glanz täuscht" vom BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) macht deutlich, dass mit der Anwendung von Nanosilber eine große Zahl von Risiken verknüpft sind. Nanosilber ist das in Alltagsprodukten am häufigsten eingesetzte Nanomaterial. Gegenständen oder Oberflächen soll damit eine keimtötende Wirkung verliehen werden. Der BUND stellt fest, dass schon die wenigen vorliegenden Untersuchungen zu den umweltschädigenden Eigenschaften des Nanosilbers alarmierend sind. Die Erfahrungen mit klassischen Silberverbindungen sind nur bedingt übertragbar, da

Nanopartikel andere Eigenschaften aufweisen. Bisherige Untersuchungen lassen jedoch annehmen, dass Nanosilber eine gesteigerte Schädigung entfalten kann. Die zahlreichen Anwendungen von Nanosilber führen dazu, dass es im Abwasser und im Klärschlamm zum Problem werden kann.

Silber ist nach Quecksilber das giftigste Schwermetall für tierische und pflanzliche Wasserlebewesen. Silber hat Auswirkung auf Bakterien. So könnte Nanosilber schädigend auf Stickstoff umsetzende Bakterien in Boden und Grundwasser wirken. Dadurch könnte der natürliche Stickstoffhaushalt beeinträchtigt werden, was vor allem im Grund- und Oberflächenwasser zu einem zu hohen Nährstoffangebot führen kann.

Silber ist persistent und kann sich anreichern. Untersuchungen mit marinem Phytoplankton ergaben 10000 bis 70000fach höhere Konzentrationen im Plankton als im umgebenden Wasser. Im Verlauf der Nahrungskette ist von einer weiteren Aufkonzentrierung auszugehen. Eine Anreicherung findet auch in Schwebstoffpartikeln statt.

Zur Studie:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nanotechnologie/20091202_nanotechnologie_nanosilber_studie.pdf

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

3. Terminhinweise

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die Anti-Atomkraft-Bewegung legt auch in der dunklen Jahreszeit keine Pause ein. Es geht mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Terminübersichten gibt es z. B. hier:

<http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier:

<http://www.friedenskooperative.de/index.html>

20.12.2009: Ahaus: Sonntagsspaziergang gegen das Castor-Atomüll-Lager und Kundgebung gegen weitere Atomtransporte nach Ahaus, 14.00 Uhr. Ort: „Zwischen“lager;

Infos: <http://www.bi-ahaus.de>

29. – 31.01.2010: Zivilcourage und Whistleblowing, Schwerte, Infos: BBU-Newsletter 11/09 und

http://www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/TG%2012_Zivilcourage.pdf

18. – 21.03.2010: Landshuter Umweltmesse; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

4. Nachrufe

Zum Tod von Theo Hengesbach

Am 15. November 2009 ist Theo Hengesbach im Alter von 55 Jahren nach einer längeren Krebserkrankung gestorben. Er war einer der Mitbegründer der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in den Regionen Hamm und Dortmund und prägte diese durch sein umsichtiges, freundliches und beharrliches Beispiel für viele Jahre maßgeblich. Er machte uns mit der Handhabung von gewaltfreien Aktionen und mit Zivilem Ungehorsam bekannt.



Theo schrieb in der Zeitschrift "Gewaltfreie Aktion" (Versöhnungsbund) und "Umweltmagazin" (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) über seine Erfahrungen in Hamm und Dortmund.

Als 2007 in Dortmund der internationale Urankongress stattfand, schaute Theo mal wieder vorbei, um uns wiederzusehen und um Anteil an einer kraftvollen Bewegung zu nehmen, die er maßgeblich vor 34 Jahren mit in Gang gesetzt hat. Es ist unsagbar traurig, dass er die nächsten Jahrzehnte nicht mehr erleben kann.

Unter

<http://www.reaktorpleite.de/index.php/thtr-rundbriefe-2009/374.html>

kann dieser Nachruf aus dem THTR Rundbrief in voller Länge gelesen werden.

Karl Frick verstorben

Karl Frick (Trebur-Astheim) ist im November verstorben. Er war unermüdlicher Aktivist gegen zahlreiche umweltzerstörerische Projekte im Rhein-Main-Gebiet, schon lange vor der Startbahn-West. Karl Frick hat bei zahlreichen Initiativen mitgearbeitet, bzw. sie mit gegründet.

B. Winkler, 8.12.2009 (Eintrag im BBU-Forum auf www.bbu-online.de).

5. Bücher- und Zeitschriftenmarkt

Gorleben-Dokumentation: ÜberMacht und Phantasie

Schon vor einem Jahr ist diese Dokumentation erschienen. Jetzt, kurz vor Weihnachten, bietet es sich an, erneut darauf hinzuweisen:

„Den Hauptteil des Buches bildet ein Interview mit Marianne Fritzen. Die 84 jährige Kolbornerin ist Mitbegründerin die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und war lange Jahre deren Vorsitzende. Sie ist Gründungsmitglied der "Grünen Liste Umweltschutz", dem Vorläufer der heutigen Grünen und war viele Jahre in den kommunalpolitischen Gremien Lüchow-Dannenbergs aktiv. Marianne Fritzen erzählt ihre "subjektive" Geschichte Gorlebens und lässt das Wendland der letzten 31 Jahre vor den Augen des Lesers von "ÜberMacht und Phantasie" wieder entstehen. Es "menschelt" in ihrer Erzählweise und wandelt ihre Worte in gelebte Bilder um. ISBN-Nummer 978-3-928177-19-7. 24.90 Euro.

Quelle und Gesamttext der Buchvorstellung: <http://de.indymedia.org/2008/10/230643.shtml>

Radikal mutig - Meine Anleitung zum Anderssein

Es besteht dringender Handlungsbedarf, die herrschenden Verhältnisse zu verändern – Hanna Poddig belässt es dabei nicht bei Lippenbekenntnissen. Sie ist Aktivistin im besten Sinne des Wortes: Ob beim Einkauf im Supermarkt, am Ticketschalter in der U-Bahn oder beim Energiesparen: Sie geht in ihrem Alltag radikal, aber immer friedfertig »mit gutem Beispiel« voran. Und wo es nötig ist, greift sie zu deutlicheren Mitteln, kettet sich an Gleise, besetzt Bäume oder demonstriert vor Kernkraftwerken. Im Bewusstsein, dass jeder Veränderung die Einsicht vorausgeht, zielt Hanna Poddig auf eine Revolution im Kleinen ab. Ihr Protest genauso wie ihre mitreißenden Ideen dienen stets dazu, ihre Umwelt zum Nachdenken anzuregen. Am Ende steht keine trockene Handlungsanleitung, sondern das authentische Zeugnis einer jungen Frau, die unsere Welt mit ungewöhnlichen Mitteln aufklärt und verändert.

ISBN 978-3-86789-085-4, Preis 14,90 €, http://www.rotbuch.de/programm-3/titel/612-Radikal_mutig.html

Waterkant

Rechtzeitig zu Weihnachten erscheint die neue Ausgabe der Waterkant. „WATERKANT befasst sich nicht



nur mit Naturschutz und Meeresforschung. Küstenstruktur- und Verkehrs-Politik, Themen rund ums Wasser finden bei uns ebenso ein Forum wie andere dringende gesellschaftliche Fragen: WATERKANT ist nicht einäugig auf die Küste fixiert, sondern schaut auch ins Binnenland - und hin und wieder sogar in die weite Welt. Denn die Ursachen der akuten Probleme von Nordsee, Wattenmeer und Küstenregion sind oft nicht hier vor Ort zu suchen: Umweltzerstörung, gesundheitliche Schäden, Arbeitslosigkeit und soziales Elend haben in der Regel eine gemeinsame Ursache - sie sind Folgen des trotz Krise noch immer nahezu ungehemmten neoliberalen Wettbewerbs und der rücksichts-

losen, globalen Jagd auf Ressourcen und Profite.“ *Quelle, weitere Infos über diese lesenswerte Zeitschrift, die Abobedingungen etc. gibt es im Internet unter www.waterkant.info.*

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 12 / 2009, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.